

Judith Dellhein

An zentralen Konflikten und Herausforderungen vorbei: Der Wim-Kok-Bericht 2004 und seine offizielle Nutzung

Der Artikel besteht aus zwei Teilen: dem Referat, das in Milano gehalten wurde (I.) und Anmerkungen zur öffentlichen Diskussion über die Halbzeitbilanz der Lissabon-Strategie (II).

I. Drei Bemerkungen, vier Thesen, ein Fazit zum Bericht

Erste Bemerkung: Der Titel „An ... zentralen Herausforderungen vorbei“ wurde vor Erscheinen des Berichts der Hochrangigen Sachverständigengruppe unter Vorsitz von Wim Kok formuliert. Er ist also keine Reaktion auf die Überschrift des Kok-Reports „Die Herausforderungen annehmen“.

Die Erwartung, dass der Bericht an zentralen – von gesellschaftlicher Verantwortung aus gesehenen - Herausforderungen vorbeigeht, hat zum einen mit der Kritik seines Vorgängers zu tun, zum anderen mit dem Auftraggeber und dessen Aufgabenstellung.

Vor einem Jahr erschien auf Bitte des Europäischen Rats vom März 2003 der Report der Taskforce für Beschäftigung unter Leitung von Wim Kok „Jobs, Jobs, Jobs. Mehr Beschäftigung in Europa schaffen“. Der Anfang November 2004 vorgelegte 2. Wim-Kok-Bericht war vom Europäischen Rat im März 2004 erbeten. Selbstverständlich war das eine Anerkennung für Wim Kok, dem man keineswegs eine Beschönigung der Situation oder unsolide Arbeit vorwerfen kann.

Das zentrale Problem ist das **Menschenbild, der Blick auf die Gesellschaft**.

Die von Kok geleitete Sachverständigengruppe sollte als unabhängige Instanz einen Beitrag zur Halbzeitüberprüfung der Strategie von Lissabon leisten und zugleich die Strategie umreißen, mit der „den europäischen Volkswirtschaften“ geholfen wird, die Ziele von Lissabon zu verwirklichen.

(Hochrangige Sachverständigengruppe 2004, 5)

Sie sollte nach einer kommunizierbaren Übersetzung der Lissabonstrategie und nach notwendigen Prioritäten für ihre Verwirklichung suchen.

Davon wurden dann Hauptaufgaben abgeleitet und praktische Empfehlungen an wirtschaftspolitische Akteure adressiert.

Die zweite Bemerkung soll an Lissabon 2000 erinnern:

Als unsere damaligen Regierungschefs zusammenkamen, waren sie mehrheitlich Sozialdemokraten, nicht selten erst kurz im Amte. Sie vereinbarten das realitätsferne strategische Ziel, bis 2010 „die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt“ zu machen. (Europäischer Rat 2003,

http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/ec/00100-r1.en0.htm)

In den Schlussfolgerungen von Lissabon wurde betont: „Die Strategie soll die Union in die Lage versetzen, wieder die Voraussetzungen für Vollbeschäftigung zu schaffen und den regionalen Zusammenhalt in der Europäischen Union zu stärken. Der Europäische Rat muss in einer sich herausbildenden neuen Gesellschaft mit besseren individuellen Wahlmöglichkeiten für Frauen und Männer ein Ziel für Vollbeschäftigung in Europa setzen.“ (Europäischer Rat 2003, http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/ec/00100-r1.en0.htm)

Der Europäische Rat 2001 vereinbarte in Göteborg, die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Auswirkungen der verschiedenen Politiken zu prüfen und stärker auf nachhaltige Entwicklung zu orientieren.

Bei ihrer Kampfansage an die Hauptkonkurrenten hätten „unsere“ Regierungschefs zumindest dreierlei wissen müssen:

wer die Konkurrenz gegen führende US-amerikanische und asiatische Unternehmen gewinnen will, kann gesellschaftlich notwendige Investitionen nicht tätigen

wer im globalen Konkurrenzkampf auf Wachstum setzt, kann keinen ökologischen Umbau einleiten

wer in diesem Konkurrenzkampf siegen will, mehrt und exportiert sowohl soziale als auch ökologische Probleme, spitzt menschheitliche Existenzfragen zu.

Seit dem Jahre 2000 ist die Wachstumslücke zu den USA und Teilen Asiens gewachsen.

Die Plankennziffern zur Beschäftigung für das Jahr 2005 werden bis auf das Soll für die Frauenerwerbstätigkeit nicht erfüllt. Mit der EU-Erweiterung sank die allgemeine

Beschäftigungsrate um 1,5%. Seit drei Jahren hat sich die Beschäftigungssituation von Jugendlichen generell verschlechtert.

Beschäftigungsstatistik 2003

| Beschäftigungsrate | Plan 2010 | Plan 2005 | EU15 2003 | EU25 2003 |
|--------------------|--------------|-----------|-----------|-----------|
| Allgemein | 70% | 67% | 64,3% | 63,0% |
| Frauen | mehr als 60% | 57% | 56,0 % | 55,0% |
| 55-64Jährige | 50% | | 41,7% | 40,2% |

(Nach Employment in Europe 2004, 10)

Im Wim-Kok-Bericht 2004 wird angemerkt, dass die Steigerung der Beschäftigungsquote 2003 gegenüber 1999 nicht ausschließlich auf die Schaffung von Vollzeit Arbeitsplätzen zurückgeht. Mehr noch: Die Beseitigung von Hemmnissen für die Schaffung von Niedriglohnarbeitsplätzen und eine Ausweitung von Zeitarbeit werden gewürdigt.

(Hochrangige Sachverständigengruppe 2004, 12)

In vielen EU-Mitgliedsländern und in der EU insgesamt hat sich die politische Achse seit März 2000 nach rechts verschoben. Das betrifft ebenfalls viele sozialdemokratische Parteien, was nur folgerichtig ist: Wer „Globalisierungsgewinne“ realisieren will, muss dem beschäftigungs-, sozial-, umwelt- und gesellschaftspolitisch Rechnung tragen. Nicht zuletzt außenpolitisch und militärisch, denn es geht um die Sicherung von Ressourcen und Märkten sowie um geostrategische Positionen.

Die dritte Bemerkung verweist darauf, dass der Wim-Kok-Bericht nicht die einzige Analyse und nicht der einzige Empfehlungskatalog für die Diskussion zur Lissabon-Strategie im März 2005 ist. Ende Oktober stellte die Europäische Kommission ihre EU-Wirtschaftsbilanz 2004 vor. Dieser ging der Business Plan for Modernising the European Economy voraus, der eine Revision der Lissabon-Ziele und eine klare Hierarchie der Prioritäten fordert.

Beide nehmen Bezug auf den Wim-Kok-Bericht 2003, der Diskussionsthema hochrangiger Konferenzen war.

Die Wim-Kok-Berichte sind also nicht irgendwelche Papiere, sondern wichtige Beiträge im Diskurs über den Umgang mit den Lissabon-Zielen, über die Formulierung von Herausforderungen, politischen Prioritäten, Hauptaufgaben und Empfehlungen. Linke Analyse und Kritik dieses Diskurses haben vor allem das ihn bestimmende Menschenbild, den Umgang mit globalen Problemen, die Folgen forcierter Konkurrenz und – selbstverständlich - alternative Ansätze zu thematisieren.

These 1:

Geht die Vision am selbstbestimmten individuellen Leben in Würde vorbei, werden Herausforderungen formuliert, deren Annahme letztendlich soziale, ökologische und globale Probleme zuspitzt.

Die Hochrangige Sachverständigengruppe erklärt, dass es bei der Lissabon-Strategie darum gehe, „Europas Vision von dem zu verwirklichen, was es sein möchte und was es – im Lichte eines zunehmenden globalen Wettbewerbs, einer alternden Bevölkerung und der Erweiterung – bewahren möchte.“ (Hochrangige Sachverständigengruppe 2004, 14) Folgerichtig werden in ihrem Bericht drei Herausforderungen benannt und behandelt: „der internationale Wettbewerb“, die alternde Bevölkerung und die Erweiterung der Union.

China als Konkurrent und Marktchance für Warenexporte, Indien als Konkurrent bei Dienstleistungsexporten, die USA als Wirtschaftsmacht, die ihre Spitzenposition in der Produktion und im Weltexport von Informations- und Kommunikationstechnologien und Hightech festigen, werden als die „externen Herausforderungen“ ausgemacht. Logisch geht es um wissenschaftlich-technische Spitzenleistungen, Produktqualität und Lohnkosten. Und das Fazit lautet: „In einer globalen Wirtschaft hat Europa keine andere Wahl als das Niveau seiner Wissenswirtschaft und die Wirtschaftsleistung in diesem Bereich gewaltig zu steigern.“ (Hochrangige Sachverständigengruppe 2004, 15)

Wirtschaftliche Zielstellungen, die Verhältnisse „der Wirtschaft“ zur Gesellschaft und Umwelt werden nicht in Frage gestellt.

Sinkende Geburtenraten, schwindende Bevölkerungszahlen, wachsende Lebenserwartung und die niedrige Beschäftigung Älterer beeinträchtigen laut Bericht das Wirtschaftswachstum, belasten die öffentlichen Finanzen, stellen die Finanzierung der europäischen Wohlfahrtssysteme zur Disposition.

Die Anpassung an eine älter werdende Gesellschaft und vor allem ihre Hinwendung zu Kinderfreundlichkeit und Aufgeschlossenheit gegenüber Jugendlichen sind kein Thema.

Der Report konstatiert mit der EU-Erweiterung gewachsene Ungleichheiten und Probleme für den Zusammenhalt der Union. Die Arbeitslosigkeit ist gestiegen. Niedrige Löhne und Steuersätze ziehen Investitionen aus anderen Mitgliedsländern heran, was Spannungen mehrt.

Die Frage, welchen Beitrag Wirtschaft leisten muss, damit die Menschen in den alten und neuen Mitgliedsländern Gewinnerinnen und Gewinner der Erweiterung werden, bleibt außen vor.

Ergo: Das Zusammenleben in der Gesellschaft bzw. in der Europäischen Union, ökologische Probleme, die Einheit Europas, die globalen Probleme sind nur marginale oder keine Punkte in einem Bericht, der mit „Die Herausforderungen annehmen“ überschrieben ist.

These 2

In der offiziellen Diskussion zu den Prioritäten der Lissabonstrategie wurde und wird zunehmend den Interessen der wirtschaftlich Mächtigen entsprochen. Die Lissabonstrategie selbst wird „verschlankt“.

Der Wim-Kok-Bericht 2004 kritisiert den Lissabonner Rat 2000 wegen überfrachteter Agenda und miteinander konfligierender Prioritäten. Die unbefriedigende Umsetzung gehe auf mangelhafte Koordinierung und vor allem auf mangelndes politisches Handeln zurück. Nach wie vor jedoch gelte, dass jedes einzelne Element zum Gesamterfolg beitrage: „Die Steigerung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung schafft die Voraussetzung für ... sozialen Zusammenhalt und eine nachhaltige Umweltentwicklung. Sozialer Zusammenhalt und nachhaltige Umweltentwicklung können wiederum zu mehr Wachstum und Beschäftigung beitragen.“ (Hochrangige Sachverständigengruppe 2004, 6)

Undeutlich bleibt, welches Wachstum, welche Art Beschäftigung mit sozialer Kohärenz und nachhaltiger Umweltentwicklung verbunden und wie überhaupt sozialer Zusammenhalt und nachhaltige Umweltentwicklung verstanden werden. Soziale Kohärenz wird im Bericht de facto an den Rand verwiesen und damit auch der Kampf gegen Armut und Ausgrenzung.

„Wachstum und Beschäftigung“ sind also gemäß Hochrangiger Sachverständigengruppe die Prioritäten für die Realisierung der Lissabonstrategie. Die „EU-Wirtschaftsbilanz“ sagt Beschäftigungswachstum und Produktivitätswachstum, wobei ersteres gegenüber dem zweiten keinerlei Vorrang haben dürfe. (EU-Wirtschaftsbilanz 2004, 2)

„Wachstum und Beschäftigung“ lässt zunächst einen solchen Vorrang zu.

Der Business Plan fokussiert einzig auf Konkurrenzfähigkeit der EU-europäischen Wirtschaft und erklärt dafür Investitionsflüsse aus dem Rest der Welt als entscheidenden Indikator.

(Kallas 2004, 2) Dem folgt Deutschlands Wirtschaftsminister Wolfgang Clement, der am 8.11.2004 sagte, dass an erster Stelle die Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der Union stünde vor zweitens Dynamisierung der Arbeitsmärkte und drittens Reformen der sozialen Sicherungssysteme. (A Social Europe 2004 02, 2)

These 3

Die Untersetzung der Prioritäten und Empfehlungen für politisches Handeln verwandeln de facto „Wachstum und Beschäftigung“ in „EU-Europas Konkurrenzfähigkeit steigern“, was die Position des Ökonomischen gegenüber dem Sozialen und Ökologischen weiter stärkt. Der Wim-Kok-Bericht 2004 fordert ein ganzes Bündel miteinander verzahnter Initiativen und struktureller Veränderungen in fünf Politikbereichen, die durch gemeinsames Handeln aller Akteure zweifelsohne vorhandenes Potenzial freisetzen können. Vertraut klingt der Satz in staatssozialistisch geprägten Ohren:

„Die Realisierung unserer Ziele verlangt, dass wir alle an einem Strang ziehen.“

(Hochrangige Sachverständigengruppe 2004, 6)

Die fünf Politikbereiche sind:

Wissensgesellschaft

Binnenmarkt

Wirtschaftsklima

Arbeitsmarkt

Ökologische Nachhaltigkeit.

Zum Politikfeld „Arbeitsmarkt“, das wesentlich enger als „Beschäftigung“ ist, wird ausgeführt: „Die Empfehlungen der europäischen Taskforce ‚Beschäftigung‘ (siehe Wim-Kok-Berichts 2003 – J.D.) rasch umsetzen, Strategien für lebenslanges Lernen und aktives Altern entwickeln und Partnerschaften für Wachstum und Beschäftigung unterstützen.“

(Hochrangige Sachverständigengruppe 2004, 7)

Die Taskforce hatte Beschäftigung und Produktivität als die beiden Prioritäten für den Erfolg der Lissabon-Strategie ausgemacht und vier Aufgaben herausgestellt, um Beschäftigung und Produktivität zu erhöhen:

die Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte und Unternehmen steigern

mehr Menschen für die Arbeitsmärkte mobilisieren

mehr und wirksamer in das Humankapital investieren

eine effektive Reformrealisierung durch besseres Regieren sichern.

(Taskforce 2003, 8)

Beschäftigung soll vor allem durch die Vergrößerung und qualitative Verbesserung des Angebots an Arbeitskraft erhöht werden. Damit geht es nicht um die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen, geschweige denn von sinnvollen, also insbesondere existenzsichernden und ökologisch verantwortbaren.

Auf den beiden Haupt-Konferenzen zur EU-Beschäftigungspolitik unter niederländischer EU-Präsidentschaft¹ wurde als besondere Leistung des 1. Wim-Kok-Berichtes die Hervorhebung des „Angebots an Arbeit“ herausgestellt. (Kastrissianakis 2004, Beitrag am 25.10.2004)

Die Betonung des „Angebots von Arbeit“ ist mit zwei weiteren Orientierungen verbunden:

Mit Forderungen gegenüber den Anbieterinnen und Anbietern von Arbeit und mit

Forderungen gegenüber jenen, die mit der Ausbildung und Fitness-Reproduktion der

Anbietenden sowie mit deren (Markt)Verhalten zu tun haben. Es geht folgerichtig wiederum

um mehr Markt, Kosten und Lohnhöhen, um mehr Konkurrenz und Druck – einschließlich

Repression - auf die einzelne und den einzelnen.

Der niederländische Minister für Soziales und Beschäftigung Aart Jan de Geus nannte vier

Probleme zur Erhöhung des Arbeitsangebotes, die nicht nur von der hochrangig besetzten

Konferenz vom Oktober² akzeptiert, sondern durch die Wim-Kok-Berichte gestützt werden:

Arbeit, Privat- und Familienleben besser miteinander vereinbaren

Über die sozialen Sicherungssysteme die Arbeitsaufnahme und das Verbleiben in Arbeit

wirksamer stimulieren

Beschäftigungsfähigkeit durch Humankapital-Investitionen und lebenslanges Lernen steigern

Berufliche und geographische Mobilität erhöhen. (de Geus 2004, Einladung zur Konferenz

und Reden am 25/26.10.2004).

¹ „Mehr Menschen in Arbeit: Politische Strategien, um Europas Arbeitskräftepotenzial zu erschließen“
25/26.10.2004 in Amsterdam, „Es ist Zeit, zu handeln“ 8/9.11.2004

² 25/26.10.2004

Das muss nicht per se schlecht sein. Die entscheidende Frage ist: Sollen dabei die sozialen, demokratischen und kulturellen Rechte der Lohnabhängigen verteidigt und gestärkt werden oder nicht.

Diese Frage wird aber nicht gestellt, sondern reduziert auf das Problem der Anerkennung von erworbenen Qualifikationen und Anrechten auf Sozialleistungen.

These 4

Der Mensch wird immer stärker als Wirtschaftsfaktor gesehen und behandelt.

Im Wim-Kok-Bericht 2004 wird er „Wirtschaftsgut“ genannt. (Hochrangige Sachverständigengruppe 2004, 38).

Seine Rechte und individuellen Reproduktionsbedingungen interessieren zunehmend in Abhängigkeit von seiner verwertbaren Leistung.

„Moderne und effiziente Sozialpolitik“ wird zuerst als Wachstumsfaktor und Voraussetzung für die Finanzierbarkeit des europäischen Sozialmodells behandelt, soziale Integration als Mittel zur Steigerung des Arbeitskräfteangebots. (Hochrangige Sachverständigengruppe 2004, 37) In diesem Sinne wird zur Sozialpolitischen Agenda 2006-2010 diskutiert.

Ende Oktober 2004 gab es noch offiziellen Einwand gegen die Forderung des DIW-Präsidenten Klaus Zimmermann nach „europaweiten Quoten für permanente und temporäre Zuwanderung, ... die durch Einführung eines Punktesystems auf europäischer Ebene geregelt sein sollte. Dies sollte ein Instrument für das Selektieren von Immigranten entsprechend der demographischen und ökonomischen Bedürfnisse sein“. (Zimmermann, 2004: 112)

Im Wim-Kok-Bericht 2004 heißt es ganz selbstverständlich: „Auch wenn das Arbeitsmarktpotenzial in vollem Umfang ausgeschöpft wird, ist eine selektive Einwanderung aus Drittländern notwendig, um Lücken auf dem europäischen Arbeitsmarkt zu schließen und die negativen Folgen des ‚Brain drain‘ teilweise auszugleichen.“ (Hochrangige Sachverständigengruppe 2004, 40)

„Brain drain“ aus EU-Europa ist ein Problem, „brain drain“ aus dem Rest der Welt nicht!

Die Behandlung des Menschen als Wirtschaftsfaktor erleichtert es den Neoliberalen, konsistente politische Maßnahmen vorzuschlagen und umzusetzen. Damit wird die ökonomistische Betrachtungsweise des Menschen weiter verstärkt. Zugleich werden die und der einzelne immer stärker mit Forderungen konfrontiert, ohne dass ihnen die

Voraussetzungen dafür gegeben werden, dass sie diesen Forderungen auch entsprechen können.

Ein Fazit, das den Beitrag von Dieter Klein stützt:

Hätte sich der Europäische Rat in Lissabon von der **Agenda 21**, die die Regierungen der EU-Mitgliedsländer einst unterschrieben, leiten lassen, hieße das strategische Ziel für die ersten 10 Jahre im 21. Jahrtausend: „Die Weichen auf soziale und ökologische Nachhaltigkeit in den Mitgliedsländern und in der Europäischen Union stellen, ihren Beitrag für soziale und ökologische Nachhaltigkeit in Europa und in der Welt erhöhen.“ „Weichenstellung“ meint, den strukturellen Problemen Rechnung tragen, auf Wunschlisten und „Crashkurse“ verzichten.

Kursnahme auf „soziale und ökologische Nachhaltigkeit“ bedeutet, sieben Herausforderungen annehmen:

Armut und Ausgrenzung überwinden

Sinnvolle – also vor allem existenzsichernde und ökologisch verantwortbare - Arbeitsplätze erhalten und mehren

Soziale Sicherungssysteme solidarisch erneuern und tragfähig gestalten

Stoff- und Energieumsätze, CO₂- und andere Schadstoffemissionen drastisch reduzieren

Der älter werdenden Gesellschaft entsprechen, sie kinder- und jugendfreundlich machen

Initiativen zur Milderung und Lösung globaler Probleme ergreifen

Wirtschaft, Gesellschaft und internationale Beziehungen demokratisieren.

II. Fünf Thesen zum Umgang mit dem Wim-Kok-Bericht 2004

Der Bericht kann direkt und indirekt eine Erfolgsbilanz aufweisen: Ihm folgten zahlreiche Stellungnahmen und das „Grünbuch über ein EU-Konzept zur Verwaltung der Wirtschaftsmigration“. Er ging in sämtliche Materialien der Europäischen Kommission für die Ratstagung im März 2005 ein, die für die Halbzeitbilanz der Lissabon-Strategie relevant sind.

These 1

Gegenwärtig sollte an die Ziele von Lissabon erinnert werden. Ohne auf grundsätzliche Kritik zu verzichten, müssen nunmehr die sozialen und ökologischen Ziele von Lissabon und Göteborg verteidigt werden. In diesem Kontext gilt es, gegen die Bolkesteindirektive, die geplante Arbeitszeitrichtlinie und weitere Einschnitte bei den Sozialtransfers einzutreten.

Kritiker/innen des Kok-Berichtes aus dem Spektrum der sozialen Bewegungen knüpfen an die Ziele von Lissabon 2000 an (zweite Bemerkung in I.) und verweisen darauf, dass im Kok-Bericht die ursprüngliche Ausbalanziertheit zwischen den sozialen, ökonomischen und ökologischen Zielen entsorgt sei. So heißt es im Positionspapier der österreichischen Bundesarbeitskammer (BAK): „Wir halten den wirtschaftspolitischen Ansatz für verfehlt und meinen ..., dass auf die Ziele sozialer Zusammenhalt und intakte Umwelt zu wenig Bedacht genommen wird.“ (BAK 2005, 1). Das Europäische Netzwerk gegen Armut (EAPN) erklärt: „Der Bericht der Hochrangigen Sachverständigengruppe ... widerspricht vielfach der ‚Lissabon-Agenda‘ wie sie ... 2000 vereinbart wurde und ignoriert die eingegangene Verpflichtung, Armut zu bekämpfen und gegen soziale Ausgrenzung vorzugehen.“ (EAPN 2004, 1)

Der insgesamt positive Bezug auf die Lissabonner Ratstagung vom Frühjahr 2000 und die Kritik an der ökonomischen „Verschlankung“ der Lissabon-Strategie (These 2 in I.) finden ihren Niederschlag auch in Standpunkten des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) und des DGB. Beide thematisieren die Geringschätzung der ökologischen Problematik und nachhaltiger Entwicklung insgesamt. EAPN kritisiert das herrschende Entwicklungsmodell, in dem Wachstum nicht allen zugute kommt. BAK, EGB und DGB protestieren gegen die Fixiertheit auf globale Konkurrenzfähigkeit und gegen das Tabu aktiver Nachfragepolitik. Der Wachstums- und Stabilitätspakt sei zu reformieren und es wäre endlich gegen ruinöse Steuerkonkurrenz vorzugehen. Die Entwürfe der Dienstleistungs- und Arbeitszeitrichtlinien müssten zurückgezogen werden, ebenso alle Pläne zu Verschlechterungen der Rentensysteme. Zielgerichtete Politiken würden gebraucht, um gegen soziale Ausgrenzung und die besondere Benachteiligung von Frauen, Jugendlichen, Älteren und Angehörigen von Minderheiten anzukämpfen. Politik ziele nur unzulänglich auf lebenslanges Lernen und zuverlässige soziale Sicherung.

These 2

Der Wim-Kok-Bericht prägt die Beschlussdokumente für den EU-Gipfel zur Halbzeitbilanz. Damit wird die ökonomische Verschlankung der Lissabon-Strategie nicht nur legitimiert, sondern weiter forciert. Die Dokumente sind insgesamt eine Inkarnation des Pragmatismus. Der Zweite Bericht über die Umsetzung der Binnenmarktstrategie 2003-2006 würdigt den Wim-Kok-Bericht (Binnenmarktstrategie 2005, 3). Das trifft auch für den Entwurf des gemeinsamen Beschäftigungsberichts 2004/2005 zu (Entwurf 2005, 5, 9) und die Mitteilung des Präsidenten der Europäischen Kommission vom 2.2.2005 (COM 2005/24, 4, 7, 12). Sie

bilden gemeinsam mit dem Bericht über die Grundzüge der Wirtschaftspolitik (KOM 2005/8) ein „Paket“ für den Gipfel im März 2005. Das Lob bezieht sich auf die kritische Analyse der beschäftigungspolitischen Ergebnisse die klare Orientierung auf das strategische Projekt „Wachstum und Beschäftigung“, das den Worten nach keinesfalls die ökologische Dimension und nachhaltige Entwicklung marginalisiere die Idee von der breiten gesellschaftlichen Partnerschaft für Wachstum und Beschäftigung bzw. für Erneuerung, die auf konsequente Umsetzung des Projektes zielt die Benennung der fünf prioritären Politikbereiche und das Festhalten an den von der Taskforce 2003 genannten vier Aufgaben, um Beschäftigung und Produktivität zu erhöhen (These 3 in I.)

Weil die erneuerte Lissabon-Strategie auf Wachstum und Beschäftigung fokussiert ohne tatsächlich auf soziale und ökologische Nachhaltigkeit zu zielen, heißen die Herausforderungen: „Europa attraktiver zum Investieren und Arbeiten“ sowie „Wissen und Innovation zum schlagenden Herzen europäischen Wachstums“ machen und eine Politik gestalten, die es „ unseren Wirtschaften erlaubt, mehr und bessere Arbeitsplätze zu schaffen“ (COM 2005/24, 4) Die Europäische Kommission schlägt dem Europäischen Rat vor, eine neue Partnerschaft für Wachstum und Jobs zu starten, ein Aktionsprogramm der Gemeinschaft auszuarbeiten und die Mitgliedsländer aufzurufen, eigene Nationale Aktionsprogramme aufzustellen, besser pro Umsetzung der Lissabon-Strategie zu regieren (COM 2005/24,11).

Diese Logik erklärt auch, warum der Neuigkeitswert der Papiere einzig darin besteht, dass sowohl das System der Nationalen Aktionspläne als auch das Berichtswesen rationalisiert und auf Regierungsebene „eine Mrs. oder ein Mr. Lissabon“ eingesetzt werden. Sie oder er soll die Lissabon-Strategie repräsentieren und die einzelnen Elemente ihrer Realisierung koordinieren.

These 3

Der fehlende konzeptionelle Neuigkeitswert in den Dokumenten der Kommission widerspricht den dort konstatierten Problemen. Weil deren Ursachen ohne nötige Analyse bleiben, werden die Handlungsoptionen in besseren Vorschriften, höherem Tempo von Reformen und Liberalisierung sowie in Appellen gesehen.

Der 2. Bericht zur Umsetzung der Binnenmarktstrategie 2003-2006 beklagt „eine Stagnation der Binnenmarktintegration“ (Binnenmarktstrategie 2005, 4). Die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie, die Integration der Finanzmärkte und das konzipierte Gemeinschaftspatent könnten gravierende Wachstumsraten und Preissenkungen für die Verbraucher/innen bewirken.

Das dank Belebung der Weltwirtschaft 2004 erreichte EU-weite Wachstum von 2,5% ist dennoch mäßig. Die Fortschritte beim Abbau der Budgetdefizite sind zu gering, so dass das nominelle Defizit in der Eurozone auf fast 3% des BIP gestiegen ist. In mehreren Ländern hat sich das Wachstum der Arbeitsproduktivität je geleistete Arbeitsstunde reduziert. Die Unterschiede zwischen den Ländern sind gewachsen. Der Übergang zur wissensbasierten Volkswirtschaft vollzieht sich viel zu langsam. Die Erfolge auf dem Gebiet der sozialen Nachhaltigkeit sind unbefriedigend. (KOM2005/8: 3-12)

„Es ist klar, dass beim gegenwärtigen Reformtempo die vollständige Umsetzung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik 2003-2005 nicht gewährleistet sein wird, was es schwierig macht, die Ziele von Lissabon zu erreichen.“ (KOM2005/8,12)

Im Entwurf des gemeinsamen Beschäftigungsberichts 2004/2005 heißt es: „Die Fähigkeit der EU, Beschäftigungs- und Produktivitätswachstum gleichzeitig zu steigern, hängt von weiteren Strukturreformen ab ... Derzeit ist diese Fähigkeit durch eine schwache Inlandsnachfrage und makroökonomische Anpassungen beeinträchtigt, die sich durch globale Ungleichgewichte ergeben.“ (Entwurf 2005, 2)

Die Defizite der Länder bei der Umsetzung der Europäischen Beschäftigungsstrategie sind am größten bei Strategien aktiven Alterns, Investitionen in Humankapital und bei der Reduzierung von Schulabbrüchen, bei der Beteiligung von Geringqualifizierten an Ausbildungsmaßnahmen, der Auseinandersetzung mit geschlechtsspezifischem Lohngefälle, der Bekämpfung von Schwarzarbeit und der Bewältigung wirtschaftlicher Umstrukturierung.

„Die Lücke zwischen den Beschäftigungsprioritäten auf EU-Ebene und der Durchführung in den Mitgliedstaaten muss geschlossen werden. Die Regierungen müssen sich unbedingt die EU-Zielsetzungen zu eigen machen und die Öffentlichkeit in der Überzeugung bestärken, dass die EU-Verpflichtungen in Maßnahmen auf nationaler und lokaler Ebene umgesetzt werden müssen.“ (Entwurf 2005, 3-4)

Erstmals seit 1997 ist die Langzeitarbeitslosigkeit wieder gewachsen. Die Berufsaussichten für Problemgruppen sind schlechter geworden.

Der Schwerpunkt müsse also (wieder) auf Eingliederung in den Arbeitsmarkt und auf Beschäftigung gelegt werden. Offiziell ist ein Viertel der in der EU25 Beschäftigten dem Armutsrisiko ausgesetzt (Entwurf 2005, 8). Hinzu kommen 4,5 Millionen Erwerbslose und 20% der Kinder. (EAPN 2004, 1)

Die Stagnation bei der Binnenmarktintegration wird nicht mit der Frage verbunden, ob deren Beschleunigung im Interesse der Bevölkerungs- bzw. Verbraucher/innen-Mehrheit ist und sein kann. Haushaltsdefizite und die Schwäche der öffentlichen Finanzen führen nicht zur Suche nach stabil wachsenden öffentlichen Einnahmen. Die Abhängigkeit von Entwicklungen auf den Weltmärkten veranlasst nicht zur Diskussion über zunehmende Autonomie EU-europäischer Wirtschaft. Wachsende Armut und soziale Ausgrenzung werden nicht als Folgen der Art und Weise gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklung hinterfragt.

These 4

Schwache Inlandsnachfrage, negative makroökonomische Beeinträchtigungen infolge „globaler Ungleichgewichte“, Haushaltsdefizite und instabile öffentliche Finanzen sind Herausforderungen für ein wirtschaftspolitisches Umsteuern, das aus sozialen, ökologischen und globalen Gründen schon lange überfällig ist.

Das heißt konkret:

Start einer Bewegung „Kooperation – auch und besonders grenzüberschreitende - schafft Arbeitsplätze“, Auflage von Programmen „Beschäftigung durch Ökologie“, „Forschung und Entwicklung für KMU“ und „Regionale Problemlösungen durch Zusammenarbeit von Regionen“

Entspannung der Geldpolitik durch eine Reduktion der zentralen Zinsrate auf 1,5%

Beendigung des Steuerkonkurrenz unter den Mitgliedsländern durch Harmonisierung der Steuerbasen und Einführung einer Unternehmen-Mindestbesteuerung von 40% und von 30% für Länder mit einem Pro-Kopf-Einkommen unter 75% des EU-Durchschnittes (EuroMemo 2004, 2)

Vergütung gesellschaftlich nützlicher Arbeit von Arbeitslosen und Selbständigen mit geringen Einkommen bei Abschaffung von repressiven Arbeitsmaßnahmen

Organisation von breiter Unterstützung für am Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft besonders Benachteiligte

EU-europäische Initiativen zur Stabilisierung der globalen Finanzarchitektur.

Dafür sollten 1,5% des gegenwärtigen EU-BIPs (135 Mrd. Euro) aufgebracht werden, vorrangig für Investitionen, finanziert aus Krediten der EIB.

These 5

Wachstum als konkreter qualitativer Veränderungsprozess kann durchaus mit mehr und besseren Arbeitsplätzen, Schritten zu Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Kohäsion für alle sowie zu nachhaltig intakter Natur einhergehen. Die wachsende Europäische Union kann sehr wohl die sich am dynamischsten entwickelnde Weltwirtschaftsregion werden. Sie kann den Wettbewerb um die schnellste und umfassendste Lösung beschäftigungspolitischer, sozialer und ökologischer Probleme gewinnen und ihren Beitrag zu positiven Antworten auf menschheitliche Existenzfragen kontinuierlich steigern. Im Kontext damit kann und muss sich EU-Europas Wirtschaft zu einer wissensgestützten wandeln.

Diese Möglichkeiten werden wahr, wenn zunehmend mehr Menschen für die Verteidigung und Stärkung ihrer sozialen, politischen und kulturellen Rechte und zugleich für die Schwächsten und Schwachen in der Gesellschaft kämpfen, wenn Wirtschaft und Gesellschaft tatsächlich schrittweise demokratisiert werden.

Literatur:

A Social Europe 02 2004, Priority: strengthen competitive position, 08/09. november 2004, Brussels

BAK 2005, BAK Positionspapier, Betreff: Bericht der Hochrangigen Sachverständigengruppe unter Vorsitz von Wim Kok, Wien

Binnenmarktstrategie 2005, Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2. Bericht über die Umsetzung der Binnenmarktstrategie 2003-2006, KOM(2005) endgültig, Brüssel

COM 2005/24, Commission of the European Communities, Communication to the Spring European Council, Working together for growth und jobs, A new start for the Lisbon Strategy, COM(2005)24, Brussels

EAPN 2004, EAPN Response to the Report from the High Level Group Chaired by Wim Kok, Brussels

Employment in Europe 2004, Recent Trends and Prospects, European Commission, Brussels

Entwurf 2005, Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Mitteilung der Kommission an den Rat, Entwurf des gemeinsamen Beschäftigungsberichts 2004/2005, KOM(2005), Brüssel

EuroMemo 2004, European Economists for an Alternative Economic Policy in Europe, Beyond Lisbon. Economic and social policy orientations and constitutional cornerstones for the European Social Model,

Europäischer Rat 2003, Schlussfolgerungen des Vorsitzes,
http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/ec/00100-r1.en0.htm)

EU-Wirtschaftsbilanz 2004, Ökonomische Grundlagen der Lissabon-Strategie, IP/04/1298, Brüssel

Hochrangige Sachverständigengruppe 2004, Die Herausforderungen annehmen. Die Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung, Bericht der Hochrangigen Sachverständigengruppe unter Vorsitz von Wim Kok, Brüssel

Kallas, Siim, 2004, A Business Plan for Modernising the European Economy, European Policy Centre, SPEE/04, Brussels

Kastrissianakis, Antonin, 2004, Diskussionsbeitrag am 25.10.2004, eigene Aufzeichnungen, Amsterdam

KOM 2005/8, Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Mitteilung der Kommission, Zweiter Bericht über die Umsetzung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik 2003-2005, KOM(2005)8, Brüssel

Taskforce 2003, Jobs, Jobs, Jobs. Creating more employment in Europe. Report of the Employment Taskforce chaired by Wim Kok, Brussels

Zimmermann, Klaus, 2004, European Labour Mobility: Challenges and Potentials. In: More people at work, Amsterdam